

Mieterlass per Gesetz vor dem Absturz

Hilfe für KMU Im Sommer verlangte das Parlament vom Bundesrat ein Gesetz für Mietsenkungen im Lockdown. Gestern stimmte der Nationalrat dagegen. Gastro-Unternehmer Michel Péclard fürchtet hohe Nachzahlungen.

Holger Alich

Michel Péclard kann es nicht fassen. Der Zürcher Gastronome, der 14 Lokale wie die Pumpstation am See betreibt, hat auf den Nationalrat gesetzt, damit dieser per Gesetz einen Mieterlass erwirkt. Doch daraus droht nichts zu werden: Am Montagabend lehnte der Nationalrat das Geschäftsmietengesetz mit 100 zu 87 Stimmen ab. Damit steht das Vorhaben mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Scheitern, denn auch im Ständerat am Mittwoch dürfte die Sache keine Mehrheit finden.

«Wenn das Gesetz nicht kommt, so drohen nun teure Mietnachforderungen für März und April. Da jetzt auch die Mehrwertsteuer fällig wird, könnte das für einige Betriebe zu viel sein», sagt Péclard.

Enttäuschte Hoffnungen

Was ihn besonders umtreibt: Es war das Parlament selbst, das im Sommer den Bundesrat per Motion gezwungen hat, ein Gesetz für den Mieterlass für die Lockdown-Phase auszuarbeiten. Laut Schätzungen waren zwischen März und Juni zwischen 25 und 30 Prozent aller Geschäftsmieter beziehungsweise über 100'000 Betriebe von einer Zwangsschliessung betroffen.

«Alle haben auf den Gesetzgeber gewartet», sagt Péclard.



Michel Péclard kann die Entscheidung des Nationalrats nicht nachvollziehen. Foto: Njazi Nivokazi

«Ich verstehe nicht, warum der Nationalrat erst ein Gesetz zum Mieterlass einfordert und es dann nicht beschliesst. Jetzt haben wir wertvolle Monate verloren», kritisiert er. Er hat dabei noch Glück, denn seine Pandemieversicherung dürfte Mietnachforderungen decken, hofft er.

«Nachdem das Parlament Tausenden von Gewerbetreibenden, die aufgrund der behördlich verfügten Schliessungen Schwierigkeiten haben, ihre Mieten zu bezahlen, wiederholt Hoffnung gegeben hat, geht es nun wieder

rückwärts», kritisiert auch der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz.

Die bürgerliche Mehrheit begründete ihre Ablehnung damit, dass mit dem Gesetz rückwirkend in private Vertragsbeziehungen eingegriffen würde. Philipp Matthias Bregy (CVP) gab zu bedenken, dass Gastrobetriebe und andere KMU bald mit den Härtefallhilfen von Bund und Kantonen rechnen könnten. Die Befürworter des Gesetzes wie Jacqueline Badran (SP) halten den gesetzlich

um eine Pleitewelle in der Gastrobranche zu vermeiden.

Kompromisslose Vermieter

«Ich sehe nicht ein, warum die Vermieter nicht einen Anteil an den Kosten für den Lockdown übernehmen sollen. Längst nicht alle sind für einen Mietkompromiss zu haben», sagt Péclard. Laut einer Umfrage des Verbands Gastro Suisse haben bei 40 Prozent der Betriebe noch gar keine Verhandlungen mit dem Vermieter stattgefunden. Davon berichtet auch Didier Rochat, Geschäfts-

führer der Organisation Blaues Kreuz. Die Suchthilfeorganisation betreibt in der ganzen Schweiz Brockenstuben. «An den Standorten Wil und Wattwil haben wir bisher keinerlei Entgegenkommen des Vermieters erfahren», so Rochat. Allein die Miete in Wil würde mit 15'000 Franken im Monat zu Buche schlagen. Für die Brockenstube in Jona habe der Vermieter eine Mietreduktion von 30 Prozent für die Lockdown-Monate angeboten. Gleichzeitig hätte das Blaue Kreuz aber in Zukunft keine neuen Forderungen stellen dürfen. Nun bleibe ihm nichts anderes übrig, als erneut das Gespräch zu suchen.

Hilfen gibt es allenfalls noch auf kantonaler Ebene. So hat die Bevölkerung am Sonntag in Baselland zugestimmt, KMU rückwirkend Mietzinsentlastungen zuzusprechen. Dabei übernimmt der Kanton ein Drittel der Miete, wenn sich Vermieter und Mieter auf eine Mietsenkung um ein Drittel einigen. Der Mieter muss so nur ein Drittel zahlen, der Vermieter bekommt zwei Drittel der Miete.

Von den Betrieben, deren Kantone keine Hand für Hilfen bieten, dürften nun einige ihr Glück auf dem Klageweg versuchen. Gastro Suisse hat bereits angekündigt, seine Mitglieder beim Gang vor die Gerichte zu unterstützen. Der Mieterverband will dies auch tun und hat bereits erste Verfahren angestrengt.

Mobilfunktest: Swisscom siegt knapp vor Sunrise

Rangliste Die «Oscars» für das beste Mobilfunknetz der Schweiz vergibt jedes Jahr das deutsche Fachmagazin «Connect». Heuer fanden die Tests unter besonderen Vorzeichen statt: Die Messungen erfolgten während der zweiten Infektionswelle vom 21. Oktober bis zum 31. Oktober. Die Ergebnisse zeigen deshalb auch, inwiefern die Netze in Krisenzeiten belastbar sind.

Untersucht wurde die Qualität der Sprachverbindungen, der Datenübertragung und des neuen 5G-Netzes. «Connect» hat dieser Zeitung die Testergebnisse vorab zur Verfügung gestellt. Zu vergeben waren maximal 1000 Punkte.

Nur Salt hat sich verbessert

Mit 960 Punkten landet die Swisscom auf Rang eins. Bei Gleichstand mit Sunrise in der Datenwertung entscheidet der Marktführer die Gesamtabrechnung durch einen leichten Punktevorsprung etwa in der Kategorie Sprache für sich. Bei 5G teilt sich die Swisscom den Spitzenplatz mit Sunrise.

Silber holt Sunrise mit 955 Zählern. Der Betreiber liegt bei den Wertungen für Sprache etwas hinter dem Erstplatzierten. Den dritten Platz holt Salt mit 926 Punkten. Als einziger Anbieter in der Schweiz hat sich die Firma im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Bei 5G steht Salt noch am Anfang – bietet mit seinen ersten 5G-Funkzellen aber Spitzenwerte.

Jon Mettler

Klimastreik macht mit Rating Druck auf Schweizer Finanzinstitute

Finanzplatz Banken und Versicherer wurden zu ihren Klimazielen und deren Umsetzung befragt. Nur fünf bekamen die Topnote.

Welche Banken und Versicherungen sind am klimafreundlichsten? Diese Frage will die Bewegung Klimastreik mit einem neuen Ranking beantworten. Die Liste basiert auf einer Umfrage, bei der sich die Finanzinstitute selbst einschätzen sollten.

Die Umfrage ist indes grob gehalten, das Ranking dient daher primär dazu, den «Handlungsdruck auf den Schweizer Finanzplatz zu erhöhen», wie Klimastreik selbst schreibt. Wegen der Erhebungsmethode per einfacher Umfrage ist die Liste weniger dafür geeignet, überprüfbare Aussagen zur Klimabelastung aus der Geschäftstätigkeit eines Finanzinstituts zu treffen.

Die Höchstnote 6 bekamen nur fünf Institute: die Alternative Bank Schweiz, Forma Futura, die Freie Gemeinschaftsbank, Globalance und Oikocredit. Nur drei Banken bekamen die zweitbeste Note 5: die Basellandschaftliche Kantonalbank, die Privatbank Rahn + Bodmer sowie die Graubündner Kantonalbank. «Die Dringlichkeit der Klimakrise wird von den meisten Finanzinstituten nur ungenügend erkannt», schreibt Klimastreik.

Keine Branchen-Standards

Die Umfrage beruht auf drei Fragen mit je drei Antwortmöglichkeiten. Die erste betrifft die Transparenz, ob ein Finanzinstitut die Finanzflüsse offenlegt. Bei Punkt zwei mussten Banken und Versicherer angeben, ob sie ihr Geschäft so auszurichten gedenken, dass bereits 2030 der



Protestaktion der Klimajugend vor einer CS-Filiale in Lausanne im Mai 2019. Foto: Jean-Christophe Bott (Keystone)

CO₂-Ausstoss netto auf null reduziert werden kann, oder ob sie dieses Ziel erst 2050 oder gar nicht anstreben. Der dritte Punkt betrifft die Frage, ob und wie schnell ein Institut aus der Finanzierung fossiler Energien aussteigen will.

«Das wichtigste Kriterium für eine gute Einstufung ist ein Be-

kenntnis zum Netto-null-Ziel sowie zum Ausstieg aus der Finanzierung fossiler Energien», erklärt Klimastreik-Sprecherin Stephanie Wyss. Sechs Institute bekennen sich zum Netto-null-Ziel im Jahr 2030, zehn weitere zur Erreichung des Ziels im Jahr 2050. Dies belegt, dass der Finanzplatz insgesamt noch weit

entfernt davon sei, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen, schreibt Klimastreik.

Sprecherin Wyss räumt ein, dass der Fragebogen «etwas schwarzweiss» geraten ist. So ist es für eine Kantonalbank leichter, sich zum Ausstieg aus der Kohlefinanzierung zu bekennen, weil viele Kantonalbanken so-

wieso nie eine Kohlemine finanziert haben. Derzeit gibt es auch keinen Standard, wie der Klimaeinfluss von Finanzinstituten objektiv festgestellt werden kann. Das räumt Klimastreik ein: «Finanzinstitute hinsichtlich ihrer Klimafreundlichkeit einzuordnen, ist schwierig.» Arbeiten an vergleichbaren Klima-Offen-

Finanzplatz-Rating der Klimabewegung

	Note
Bestnote 6	
Schlechteste Note 1	
Alternative Bank Schweiz	6,0
Forma Futura	6,0
Freie Gemeinschaftsbank	6,0
Globalance	6,0
Oikocredit	6,0
Basellandschaftliche Kantonalbank	5,0
Rahn + Bodmer	5,0
Graubündner Kantonalbank	5,0
Axa	3,0
Generali	3,0
Credit Suisse	2,0
UBS	1,5

Grafik: ali, niz / Quelle: Klimastreik Schweiz

legungen kommen nur langsam voran. Von 76 befragten Banken und Versicherern haben nur 22 den Fragebogen ausgefüllt, mit zwölf weiteren Instituten hatte Klimastreik einen Austausch.

Bei der Schweizerischen Bankiervereinigung heisst es daher kühl, sie nehme die Ergebnisse «zur Kenntnis». Diese würden nichts daran ändern, dass der Schweizer Finanzplatz sich «klar zum Pariser Klimaabkommen bekennet».

Holger Alich